Klaus Wolfgang Waldschmidt
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Rede zum Haushaltsentwurf 2018
zur Beschlussfassung in der Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
am 19. 12. 2017
- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren!

„Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr. Und täglich wächst mir neue Pein." Der so klagt, ist nicht Frank Stein, der neue Kämmerer unserer Stadt, sondern der von ähnlichen Finanznöten geplagte Marschalk am Hofe des Kaisers in Goethes Faust II.

Auf die finanziellen Verhältnisse unserer Stadt lässt sich das Wehklagen übertragen.

Musikschule, Bergisches Museum, marode Schul- und Verwaltungsgebäude, Sanierungsstau an Schwimmbädern, kaputte Straßen – die Opfer des uns auferlegten Konsolidierungszwanges sind allgegenwärtig.

2021 rückt unaufhaltsam und unerbittlich näher. Dann muss der Haushaltsausgleich erreicht sein, wenn uns nicht der Sparkommissar sämtliche Verantwortung abnehmen soll.

Aber unsere Gestaltungsmöglichkeiten und finanziellen Spielräume werden immer enger.

Obwohl die Konjunktur boomt und die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor, hängen die Kommunen weiter am Tropf.

Bund, Land und Kreis füllen sich die Taschen und die Städte und Gemeinden leiden Not!

Die Koalition aus CDU und SPD im Landschaftsverband Rheinland hat die Umlage für 2017 um 0,75 Punkte gesenkt und für das Haushaltsjahr 2018 – u. a. aufgrund höherer Steuereinnahmen – eine weitere Umlagesenkung von 1,5 Punkten vorgeschlagen. Dadurch wird der Kreis nochmals um 6,3 Mio. EUR entlastet.

Meine Fraktion ist sich mit den Kreistagsmitgliedern der SPD – und auch den Kämmerern und Bürgermeistern des Kreises – darin einig, dass diese Entlastung uneingeschränkt an die kreisangehörigen Kommunen weitergegeben werden muss. Auf Bergisch Gladbach entfiele damit eine Entlastung insgesamt von mehr als 4 Mio. EUR.

Eine Entlastung, die bereits in unserem städtischen Haushalt fest eingepreist war.

Aber die Entlastung bleibt an den „klebrigen Händen" der schwarz-grünen Koalitionäre im Kreistag hängen, die damit die Rücklage des – keineswegs Not leidenden – Kreises erhöhen wollen.

Die Sorgen und Nöte der Kommunen und ihrer Menschen sind den Verantwortlichen im Kreis offensichtlich völlig gleichgültig.

Die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen sind weiterhin große gesellschaftspolitische Aufgaben, denen wir uns gerne stellen.

Die Integration der Menschen, die in unserer Stadt Zuflucht vor Verfolgung und Krieg gefunden haben, erfordert neben dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung nicht unerhebliche finanzielle Ressourcen.

Der Bund stellt dem Land Nordrhein-Westfalen im aktuellen und kommenden Jahr eine Integrationspauschale für flüchtlingsbedingte Mehrkosten in Höhe von jeweils 434 Mio. EUR zur Verfügung; anteilig entfielen auf Bergisch Gladbach ca. 3 Mio EUR.

Ministerpräsident Laschet versprach vor der Landtagswahl, diese Bundesmittel 1:1 an die Kommunen weiterzuleiten.

Stattdessen haften die Gelder wieder an „klebrigen Händen", diesmal denen der schwarzgelben Landesregierung, und werden im Landeshaushalt verfrühstückt.

Integration findet aber ganz überwiegend vor Ort, d.h. in den Kommunen statt.
Hier werden diese Finanzmittel dringend benötigt.

Lieber Herr Krell,
im letzten Haupt- und Finanzausschuss haben Sie den Saldo bei den Flüchtlingskosten im Haushaltsentwurf kritisiert.
Richtiger Ansprechpartner hierfür sind aber Ihre Parteifreunde auf der Regierungsbank in Düsseldorf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das städtische Personal ist vom Sparzwang besonders betroffen.

Der Personalrat war zu Gast in unserer Fraktionssitzung und hat uns von den hohen Belastungen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichtet.
Viele sind an ihrer Belastungsgrenze angelangt; Erkrankungen häufen sich.

Auch das Gemeindeprüfungsamt hat in diesem Jahr festgestellt, dass die Personalausstattung der Bergisch Gladbacher Stadtverwaltung äußerst knapp ist.

Dazu stellen sich auch neue personalintensive Aufgaben durch die Unterbringung und Integration der geflohenen Menschen und den Flächennutzungsplan 2035, den wir im kommenden Jahr beschließen werden

Das Bergische Museum in Bensberg gehört zur kulturellen Identität unserer Stadt. Nur durch viel ehrenamtliches Engagement existiert dieses überhaupt noch. Die strategische Neuausrichtung
mit den erforderlichen Stellenzusetzungen ist dringend erforderlich.

Auch die städtische Max-Bruch-Musikschule ist an ihre existentiellen Grenzen gestoßen.
Das sog. Himmelheberkonzept muss ausgesetzt und ein neues Konzept entwickelt werden, das den Anforderungen an eine arbeitsrechtliche korrekte, sozial zumutbare und wirtschaftlich vertretbare Personalpolitik gerecht wird.

Meine Fraktion wird deshalb dem Entwurf des Stellenplans mit den vorgeschlagenen zusätzlichen Stellen zustimmen.

Ob diese Personalausstattung allerdings ausreichend sein wird, wird sich erst herausstellen, wenn die mit unserem Kooperationspartner beantragten haushaltsbegleitenden Beschlüsse ausgeführt worden sind.

Am 29. September 2017 hat der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss auf Antrag von CDU und SPD zehn Sofortmaßnahmen beschlossen, die für uns unabdingbar mit der Verabschiedung des Flächennutzungsplans verbunden sind.
Hier stehen wir bei den Bürgerinnen und Bürgern im Wort.
Doch bisher ist nichts passiert. So verlieren Politik und Verwaltung ihre Glaubwürdigkeit.
Mit dem Antrag der Kooperationsfraktionen mahnen wir die zeitnahe Umsetzung der Sofortmaßnahmen unmissverständlich an.
Wenn hierfür zusätzliche personelle Ressourcen in den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehrswesen und Soziale Stadtentwicklung erforderlich sind, müssen diese auch bereitgestellt werden.

In der Wahrnehmung vieler Menschen ist Bergisch Gladbach – insbesondere in den Zentren – unsicherer geworden.
Einige öffentliche Plätze werden als Angsträume wahrgenommen.

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sehen wir als wichtige kommunale Aufgabe.

Ein Sicherheitskonzept, das nur auf Repression setzt, greift aber zu kurz.
Allein die Präsenz öffentlicher Ordnungskräfte – sogenannter Stadtwächter – hätte nur die räumliche Verdrängung von Menschen zur Folge und würde die Probleme in andere Stadtteile verlagern.

Deshalb brauchen wir neben einer Ordnungspartnerschaft mit der Polizei gleichwertige präventive Arbeit.
Die Verwaltung muss u. a. ihre Strukturen im Bereich Streetwork, Wohnungslosenhilfe und Suchthilfe einer kritischen Analyse unterziehen, Verbesserungsmöglichkeiten benennen und eine solche Konzeption mit einer Finanzplanung unterlegen.

Erforderliche Personalressourcen müssen dann ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der sog. Korridor für freiwillige Leistungen lässt nur noch wenig Spielraum zu.

Mit einem – fast schon symbolischen – Betrag von 4 EUR pro Kind und Jugendlichem, den wir im Haushalt zur Förderung der Sportjugend zur Verfügung stellen, bedanken wir uns für den wichtigen Beitrag, der von den Sportvereinen im Bereich der Jugendarbeit geleistet wird.

Aus den Mitteln der Sportpauschale stellen wir den Vereinen zudem Investitionsmittel in Höhe von 100.000 EUR zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die moderate Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze auf den jeweiligen Durchschnittshebesatz des Landes resultiert aus den Verfügungen der Kommunalaufsicht.

Wir stimmen hier nur mit Bauchschmerzen zu.
Ich halte diese Auflage für äußerst ärgerlich, da sie das Selbstverwaltungsrecht der HSK-Kommunen beschneidet, wie sie ihren Haushaltsausgleich erreichen wollen. Zudem führt dies zu einer ständigen Steuererhöhungsspirale, da der Durchschnittshebesatz durch die erzwungenen Anhebungen weiter steigt.

Um diesen und anderen Restriktionen künftig nicht mehr ausgesetzt zu sein, müssen wir den steinigen Konsolidierungspfad bis 2021 zu Ende gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bedanke mich für die konstruktiven Haushaltsberatungen.

Ich bedanke mich, auch im Namen meiner Fraktionskolleginnen und –kollegen, bei der Verwaltung für die Bemühungen und die Geduld, uns auch schwierige Sachverhalte verständlich darzustellen.

Und ich bedanke mich ganz besonders bei Frank Stein, bei dem ich nicht nur die Haushaltssanierung in guten Händen weiß.

Nach zweijähriger Hängepartie hast Du es in wenigen Wochen geschafft, dem Rat heute eine strategische Grundentscheidung zur Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraums zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ein Thema, das meiner Fraktion eine Herzensangelegenheit und vielen Menschen in unserer Stadt besonders wichtig ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.